Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7763**

16. Wahlperiode 16. 01. 2008

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Roland Claus, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dorothee Menzner, Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Erklärung durch die Bundesregierung zu den Ergebnissen des Klimagipfels auf Bali

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die 2007 veröffentlichten Klimaberichte der Vereinten Nationen (VN) haben in dramatischer Weise die Dringlichkeit schnellen Handelns im globalen Klimaschutz aufgezeigt. Um die globale Erwärmung um 2 bis 2,4 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Temperaturen zu begrenzen, muss laut VN-Klimabericht der globale Ausstoß an Kohlendioxid (CO_2) bis 2050 um 50 bis 85 Prozent gegenüber dem Emissionsniveau von 2000 vermindert werden. Um das Ziel der Europäischen Union (EU) einer Begrenzung des Anstiegs der durchschnittlichen globalen Temperatur um höchstens 2 Grad Celsius zu erreichen, sind darüber hinausgehende Minderungen erforderlich.

Der auf der VN-Klimakonferenz in Bali verabschiedete sog. Bali-Aktionsplan wird diesen klimapolitischen Erfordernissen nicht ausreichend gerecht. Um die bis Ende 2009 erforderliche Einigung auf ein Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll herbeizuführen, müssen die Verhandlungen im nächsten Jahr deutlich an Dynamik gewinnen. Die Blockadestrategie der USA und anderer Industrieländer auf Bali hat offenbart, dass nur eine Allianz der Europäischen Union mit Schwellen- und Entwicklungsländern eine solche Dynamik entfachen kann.

Die Schwellen- und Entwicklungsländer haben auf Bali den ersten Schritt dazu getan und ihre Bereitschaft gezeigt, sich in Zukunft zu eigenen Klimaschutzbemühungen zu verpflichten. Sie haben als Bedingung dafür eine finanzielle und technologische Unterstützung durch die Industrieländer angemahnt. Es ist nun an der EU, den nächsten vertrauensbildenden Schritt zur Allianzbildung zu gehen. Dies bedeutet insbesondere eine klare Vorreiterrolle beim Klimaschutz in den EU-Mitgliedstaaten. Bislang sind laut aktuellen Emissionsdaten des VN-Klimasekretariats in vielen EU-Mitgliedstaaten noch enorme Defizite bei der Erfüllung der Kyoto-Ziele zu verzeichnen. Darüber hinaus muss die EU klare Zusagen zur finanziellen Unterstützung von Schwellen- und Entwicklungsländern beim Klimaschutz und im Umgang mit dem Klimawandel geben. Deutschland muss innerhalb der EU mit gutem Beispiel vorangehen.

Der von Menschen gemachte Klimawandel schreitet bereits voran. Insbesondere Entwicklungsländer müssen beim Umgang mit den Folgen des Klimawandels unterstützt werden. Der bereits 2001 beschlossene Anpassungsfonds,

zu dessen Operationalisierung auf Bali letzte Entscheidungen gefällt wurden, ist ein erster Schritt. Seine finanzielle Ausstattung ist jedoch vollkommen unzureichend. Die vom VN-Klimasekretariat erwarteten Fondseinnahmen von jährlich 80 bis 300 Mio. US-Dollar zwischen 2008 und 2012 sind angesichts der unterschiedlichen Schätzungen zum zukünftigen Unterstützungsbedarf, die von 10 bis 85 Mrd. US-Dollar pro Jahr reichen, nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Auch der Schutz tropischer Wälder ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Eine Einbindung des Waldschutzes in Emissionshandelsmärkte birgt jedoch zahlreiche Risiken. Waldschutz würde auf das Schutzziel „CO_2“ verengt und von Entwicklungen auf den Emissionshandelsmärkten abhängig werden. Die Rechte der lokalen Bevölkerung sowie der Schutz der Biodiversität könnten dabei ins Hintertreffen geraten. Direkte Ausgleichszahlungen für den Schutz tropischer Wälder sind deshalb vorzuziehen.

Die von der Weltbank während des Klimagipfels auf Bali vorgestellte „Forest Carbon Partnership“ scheint jedoch durch Pilotprojekte Fakten für die Einbindung des Waldschutzes in die Emissionshandelsmärkte schaffen zu wollen.

Das auf Bali verhandelte Thema „Technologietransfer“ hat beispielhaft die Notwendigkeit eines breiten Verständnisses von Klimapolitik gezeigt, das über den Kyoto-Prozess hinausgeht. Die Rahmenbedingungen für Technologietransfer werden maßgeblich im Welthandelsregime und dem dort verankerten System geistiger Eigentumsrechte festgelegt. Konsequente Klimapolitik erfordert eine andere Gestaltung internationaler Wirtschafts- und Handelspolitik.

II. Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich zu einer Minderung ihrer Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis zum Jahr 2020 und um 90 Prozent bis zum Jahr 2050 gegenüber dem Emissionsniveau von 1990.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich in der EU für die Verabschiedung eines EU-Minderungsziels von 30 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 unabhängig vom Fortgang der internationalen Verhandlungen einzusetzen;
2. sich bei der Überarbeitung der EU-Richtlinie zum EU-Emissionshandel für die Zeit nach 2012 für eine 100-prozentige Versteigerung der Emissionsberechtigungen einzusetzen;
3. die Pläne der Europäischen-Kommission für Ausgleichszahlungen für in die EU eingeführte Produkte aus Ländern, die sich internationalen Klimaschutzbemühungen verweigern, zu unterstützen;
4. zukünftige Emissionsziele für Industrieländer für die Zeit nach 2012 in der dafür eingesetzten Verhandlungsgruppe unter dem Kyoto-Protokoll zu verhandeln und dabei eine Gesamtminderung von 25 bis 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 anzustreben;
5. umgehend Gespräche mit Entwicklungs- und Schwellenländern über Finanzmechanismen zu beginnen, die diesen eine emissionsarme Entwicklung und eine Anpassung an die Folgen des Klimawandels ermöglichen;
6. die bisher zugesagten Zahlungen in die unter der VN-Klimarahmenkonvention angesiedelten Fonds zur Unterstützung von Entwicklungsländern zur Anpassung an den Klimawandel (Least Developed Country Fund, Special Climate Change Fund) auf 40 Mio. Euro zu verdoppeln;

7. in den Anpassungsfonds des Kyoto-Protokolls im Zeitraum 2008 bis 2012 insgesamt 200 Mio. Euro einzuzahlen;

8. die Zahlungen in den Fonds zur Unterstützung der Teilnahme von Delegationsmitgliedern aus den ärmsten und vom Klimawandel besonders betroffenen Ländern an den VN-Klimaverhandlungen (Special Trust Fund for Facilitating Participation of Parties in the UNFCCC Process) für den Zeitraum 2008/2009 auf 950 000 US-Dollar zu erhöhen und damit gegenüber den gemäß dem VN-Verteilungsschlüssel vorgesehenen Zahlungen zu verdoppeln;

9. die vorgesehenen 59 Mio. US-Dollar für die Beteiligung an der Weltbank-Initiative zum Tropenwaldschutz (Forest Carbon Partnership) den Entwicklungsländern als direkte Kompensationszahlungen für unterlassene Rodungen zu zahlen, wie dies beispielsweise von den Regierungen Ecuadors und Indonesiens angeboten wurde.

Berlin, den 15. Januar 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333